



Es sind nicht die Putsche, die Demokratien zerstören. Es sind die Gewöhnungen.

Frankreich, das Land der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, steht nicht am Rand der Diktatur. Es gibt keine Panzer auf den Boulevards, keine aufgehobene Verfassung, keine verbotenen Parteien. Und doch ist da etwas ins Rutschen geraten – leise, schleichend, fast unmerklich. Genau darin liegt die eigentliche Gefahr.

Der jüngste Bericht von Amnesty International France spricht nicht von einem Bruch, sondern von „Warnzeichen“. Das klingt harmlos, beinahe technokratisch. Doch wer genau hinhört, erkennt den Ernst: Es geht um die langsame Umdeutung dessen, was ein Rechtsstaat sein soll.

Der Rechtsstaat war nie bequem. Er war immer ein Stachel im Fleisch der Macht. Er bremst, wo Politiker beschleunigen wollen. Er schützt, wo Regierungen durchgreifen möchten. Er garantiert, dass nicht alles erlaubt ist, was möglich erscheint. Genau das macht ihn so wertvoll – und so ungeliebt in Zeiten, in denen Sicherheit, Ordnung und Kontrolle zur politischen Währung werden.

Heute aber wird dieser Stachel stumpf geredet. Der Rechtsstaat erscheint nicht mehr als Bollwerk der Freiheit, sondern als Hindernis ihrer Durchsetzung. Wer auf Verfahrensrechte pocht, gilt schnell als naiv. Wer Grundrechte verteidigt, als realitätsfern. Es ist eine rhetorische Verschiebung, die gefährlicher ist als jede einzelne Gesetzesänderung.

Denn Worte schaffen Wirklichkeit.

Wenn Überwachung zur Selbstverständlichkeit wird, wenn Kameras nicht mehr als Eingriff, sondern als Service verstanden werden, wenn Algorithmen Entscheidungen vorbereiten, ohne dass jemand sie wirklich versteht – dann verändert sich das Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Nicht abrupt, sondern graduell. Der Mensch wird berechenbar gemacht, vorsorglich eingeordnet, potenziell verdächtig.

Das alles geschieht nicht im Geheimen. Es geschieht offen, gesetzlich legitimiert, demokratisch beschlossen. Und genau deshalb ist es so schwer zu fassen. Der Rechtsstaat stirbt nicht durch den offenen Angriff, sondern durch die höfliche Aushöhlung.

Ähnlich verhält es sich mit der Versammlungsfreiheit. Frankreich war immer ein Land der Straße, des Protests, der lauten Auseinandersetzung. Heute wird Demonstration zunehmend als Risiko verwaltet. Prävention ersetzt Vertrauen, Kontrolle ersetzt Gelassenheit. Der Bürger, der auf die Straße geht, ist nicht mehr selbstverständlich Teil der Demokratie – er wird zum



Sicherheitsproblem.

Auch das ist keine Revolution. Es ist eine Verschiebung. Eine, die kaum auffällt, solange sie Schritt für Schritt erfolgt.

Am beunruhigendsten aber ist der Ton, der sich verändert hat. Rhetorik ist nie nur Sprache – sie ist Politik in verdichteter Form. Wenn rassistische oder islamfeindliche Narrative anschlussfähig werden, wenn das Sagbare sich ausweitet und das Undenkbare denkbar wird, dann verändert sich das Fundament der Republik.

Frankreich beruft sich stolz auf seine republikanischen Werte: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Doch diese Trias ist kein Naturgesetz. Sie lebt davon, dass sie verteidigt wird – im Alltag, im Diskurs, in der Gesetzgebung. Wenn Teile der Gesellschaft systematisch als fremd, als bedrohlich oder als minderwertig markiert werden, dann wird die Gleichheit zur Fiktion.

Die eigentliche Tragik liegt darin, dass all dies im Namen legitimer Anliegen geschieht: Sicherheit, Ordnung, gesellschaftlicher Zusammenhalt. Es sind keine bösen Absichten, die hier wirken, sondern politische Logiken. Doch gerade darin liegt die Gefahr. Der Weg in die Erosion ist gepflastert mit guten Gründen.

Und so steht Frankreich heute an einem Punkt, an dem nichts entschieden ist – aber vieles möglich wird.

Die Präsidentschaftswahl 2027 wird diese Dynamik zuspitzen. Wahlkämpfe sind Zeiten der Vereinfachung. Komplexität hat es schwer, Differenzierung noch mehr. Wer gewinnen will, muss zuspitzen. Wer zuspitzt, verschiebt Grenzen. Und wer Grenzen verschiebt, verändert die politische Kultur.

Die Frage ist nicht, ob Frankreich ein Rechtsstaat bleibt. Die Frage ist, was dieser Rechtsstaat künftig bedeutet.

Ist er ein Schutzraum für den Einzelnen – auch gegen die Mehrheit? Oder wird er zum Instrument der Mehrheit, die ihre Interessen effizient durchsetzt?

Die Antwort darauf entscheidet sich nicht in einem großen Moment. Sie entscheidet sich in vielen kleinen. In Gesetzen, in Debatten, in Bildern, in Worten. Vor allem aber entscheidet sie sich daran, ob die Gesellschaft bereit ist, den Rechtsstaat als das zu verteidigen, was er ist: nicht das Hindernis der Politik, sondern ihre Voraussetzung.



Denn Demokratien sterben selten laut. Meistens verstummen sie langsam.

Autor: MAB

**SEO-Keyphrase:** Rechtsstaat Frankreich Kommentar Erosion Demokratie

**SEO-Tags:** rechtsstaat, frankreich, demokratie, amnesty international, bürgerrechte, meinungsfreiheit, überwachung, politik kommentar, gesellschaft, sicherheitspolitik, wahlen 2027, europa, grundrechte, analyse, nachrichten.fr, nachrichten frankreich,